

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Philip Kucher,

Genossinnen und Genossen

betreffend temporäres Aussetzen der CO2-Steuer für die Dauer der Energiepreiskrise

eingebraucht in der Sitzung des Nationalrats am 14. Dezember 2023 im Zuge der Debatte zu TOP 8 Bericht des Finanzausschusses über den Antrag 3777/A der Abgeordneten Karlheinz Kopf, Mag. Dr. Jakob Schwarz, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1994, das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992, das Elektrizitätsabgabegesetz, das Erdgasabgabegesetz, das Kohleabgabegesetz und die Bundesabgabenordnung geändert werden (2381 d.B.)

Die Bundesregierung hat Österreich zum Inflationseuropameister gemacht. Es gibt heute kein einziges Land in Westeuropa mit einer höheren Teuerung als Österreich. Alle Warnungen der Oppositionsparteien wurden in den Wind geschlagen. Man war nicht bereit, regulatorisch in die Preise einzugreifen, sodass die Preise wie in anderen Länder wieder sinken, statt weiter zu steigen.

Wenn es allerdings darum geht Maßnahmen zu setzen, die preiserhöhend wirken, ist die österreichische Bundesregierung nicht so zimperlich.

Von der nationalen CO2-Bepreisung erwartete sich die Bundesregierung eine Reduktion der Treibhausgasemissionen. Auf Grund der Energiepreisschocks in den vergangenen Jahren sind die Preise aber um ein Vielfaches dessen gestiegen, was als CO2-Preis eine Lenkung herbeiführen hätte sollen. Diese Energiepreisschocks hatten daher tatsächlich Auswirkungen auf die CO2-Emissionen, haben aber gleichzeitig dazu beigetragen, dass die Menschen in diesem Land sich die Lebenshaltungskosten (vor allem Energie und Wohnen) nicht mehr leisten können und die Wirtschaft in eine Rezession schlittert. Die Energiepreise befinden sich nach wie vor deutlich über Vorkrisen-Niveau, dennoch hält die Bundesregierung an der Verteuerung vieler Energieträger fest und ignoriert die bereits bestehende Belastung für Menschen und Wirtschaft.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die CO2-Steuer temporär auszusetzen bis die Energiepreise auf ein vernünftiges Niveau zurückgeführt werden können.“



(KUCHER)



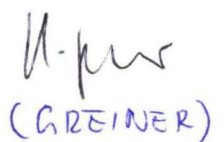
(LECHER)



(LEICHTFRIED)

Gescanntes Original

(KOLAROSS)



(GREINER)